

Hintergrund

Frankreichs „Generalstreik“ – vorerst eine Utopie

Ein Pariser Zeitungshändler zeigt auf leere Regale: „Wegen des Streiks gibt es keine Zeitungen. Seit ich den Laden vor sechs Jahren übernommen habe, ist es das 24. Mal – ein irrer Verlust“. Der Mann ist also gegen die Gewerkschaftsaktionen, könnte man meinen. „Nein, da haben Sie mich missverstanden. Ich bin für den Streik. Ich war vorher Arbeitnehmer. Und ich will nicht zwei Jahre später in Pension gehen. Bei den Reichen wäre genug Geld da, um die Renten zu finanzieren.“

Diese Zwiespältigkeit sagt einiges über die Stimmung in Frankreich aus. Die Gewerkschaften haben bereits drei landesweite Aktionstage organisiert, um die Rentenreform und namentlich die Anhebung des Pensionsantrittsalters von 60 auf 62 Jahre zu verhindern. Morgen Samstag und nächsten Dienstag gibt es wieder Aktionstage. Der Bahnverkehr ist durch unbefristete Streiks beeinträchtigt, Ausstände in Raffinerien und Häfen gefährden die Benzinversorgung, Arbeitnehmer des Frachtgewerbes blockieren mit LKWs Knotenpunkte, vor Gymnasien haben Schüler Barrikaden errichtet.

Laut Umfragen ist diese Radikalisierung nach dem Geschmack der Mehrheit: 69 Prozent unterstützten die Proteste, 54 befürworteten einen „Generalstreik“. Dabei hatten sich im Frühjahr noch über 50 Prozent mit der Rentenreform abgefunden. Inzwischen aber klagten auch moderate Gewerkschaften, die Regierung sei zu keinen Verhandlungen über Sonderregelungen für Schwerarbeiter bereit. Dann kam der Skandal um Arbeitsminister Eric Woerth. Dieser steht im Verdacht, zuvor, als Budgetminister, Steuerhinterziehungen von Milliarden toleriert zu haben, sofern sie für die Partei von Nicolas Sarkozy spendeten. Die Politik des Staatschefs wird durchwegs als „ungerecht“ empfunden, konstatieren Meinungsforscher.

Den meisten jüngeren Franzosen galt Sarkozy von Anfang an als Buhmann. Sie glauben, sie würden wegen ihres immer späteren und unsicheren Berufseintritts mit der Reform die Möglichkeit verlieren, die nötigen Beitragsjahre für eine Pension zu erlangen. Gleichzeitig befürchten sie ein weiteres Sinken der Jobangebote durch die Verlängerung der Berufstätigkeit der älteren Arbeitnehmer.

Aber all dies sind Stimmungsbilder, während die Teilnahme an Streiks immer riskanter erscheint. Frankreichs Gewerkschaften verfügen über keine

Streikkassen, um Lohneinbußen wett zu machen. Bei einer Arbeitslosenrate von fast zehn Prozent und prekären Anstellungsverhältnissen wirkt die Idee eines „Generalstreiks“ vorerst nur als Ventil für allerlei Frust. Hinter den spektakulärsten Aktionen könnte sich ein Abflauen der Streiks verbergen.

DANNY LEDER, PARIS